

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Zieglerei-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibenschleifereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Fiedlerstr. 5-6. Fernspr.: 7 7 50 50 7 65 50, 62 40, Postfach 62232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baumgarten 10, Postfach 62232. Bestellungen nach Berlin durch „Bertha“, Berlin SW 11.

### Vom 14. Kongress der deutschen Gewerkschaften.

Gleich einem solchen Geschehnis, das in Sturm und Wetter trotz grimmer Not allen Gefahren trotz, so repräsentierte sich dieser Gewerkschaftskongress seinen Anhängern und zahlreichen Gegnern. Ruhig und fest seine Willensmeinung zu den brennenden wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft, einig in der Bewegung, einig im Ziel, tief verwurzelt im Empfinden von Millionen Werkschaffender — so bot dieser Kongress ein Bild lebendiger Einmütigkeit und Geschlossenheit. Schon der Auftakt zu dieser Tagung, die Demonstration am Vorsonntag, bewies dies in geradezu imposanter Weise. Wohl 100 000 Gewerkschaftsangehörigen, Reichsbannerkameraden, Sportler aller Art, Frauen und Jugend waren zu machtvoller Kundgebung im Gelände um der Frankfurter Festhalle versammelt. Egger, von der Gewerkschaftsinternationale, Schorsch aus Österreich sprachen zu den Massen. Sie schilderten die große Volksnot, verschuldet durch eine fehlerhafte, geradezu irrige Wirtschaftspolitik, sie betonten, daß nur der Sozialismus es vermag, aus diesem Jammerthal des menschlichen Irstums herauszuführen zur Freiheit aller Menschen, zur Harmonie der Gesellschaft und der Arbeit ohne Not und Fron. Musik und Massengesänge umrahmten diese erhebende Feier. Und dann der Schmarz umgerahmten diese Reichsbanner zurück zur Stadt! Musikkapellen in zahlreicher Folge, dahinter prunkvoll geführte Banner aus älterer Zeit und die roten Fahnen der Gegenwart und Zukunft. Gewerkschaften, Jugend, Sportler in endloser Folge. Ein Demonstrationsszug, dessen Vorbeimarsch eine volle Stunde währte...

Ein ähnliches erhebendes und imponantes Bild bot die Demonstration des gesamten Kongresses am Abend des 3. September in der Stadthalle zu Mainz. Auch hier eine Versammlung von Tausenden, in buntem Reigen Gewerkschaften, Jugend, Reichsbanner, Arbeiterportier. Überall Begeisterung und Zukunftsglaube trotz grimmer Not. Überall die Hoffnung auf Welterbesserung und Völkerverständigung durch den Sozialismus! Die Feinde unserer Bewegung haben es schwer. Trotz unablässiger Heheleschen die Massen zu ihren Führern, zu ihren im WGB vereinigten Gewerkschaften. Die Gegner beissen bei ihren geläufigen Verleumdungen auf Eisen. Die geringe Wirkung ihrer Behauptungen wird gänzlich verschwinden, wenn wieder erträglichere Zeiten herrschen...

Woh nun zum Kongress selbst. Er wurde am Morgen des 31. August im schönen Palmengarten zu Frankfurt a. M. eröffnet. Nachmittags brauste das Sturmesbedeuten des Sängerkorps durch den Saal: „Die ihr auf harter Erde haupf!“ Dann begrüßte Leipart den Kongress, die zahlreichen Gäste, die Presse, die vielen Zuhörer. Er erinnerte daran, daß vor 32 Jahren ebenfalls ein Gewerkschaftskongress in Frankfurt tagung hat; er schilderte die damaligen Zustände und den Aufstieg und die Erfolge der Gewerkschaften seit jener Zeit. Er erinnerte an das Wort Lassalles über die „verdammte Bedürftigkeit“. Die Gewerkschaftsbewegung hat die Arbeiterklasse gelehrt, Bedürfnisse zu haben und sie zu befriedigen. Heute suchen einflussreiche Wirtschaftskreise die Wirtschaftskrisis auszunutzen, um das arbeitende Volk wieder in die alte Bedürftigkeit und Leiden zurückzubringen. Das Volk soll hüben und leben für die Fehler der deutschen Wirtschaftsführer. Dagegen wehren wir uns. Wir verlangen Schutz und Hilfe der Reichsregierung gegen Arbeitslosigkeit und Unterdrückung, gegen das Elend, dem heute unverschuldet Millionen von Volksgenossen ausgegesetzt sind. Die heutigen Krisenereignisse sind international. Vor allem leiden darunter die industriell fortgeschrittensten Länder. Ein enges Zusammenwirken dieser Länder ist notwendig. Dieser Kongress soll Mahnung und Warnung sein. Der fremde Glaube, in solchen Zeiten der Arbeiterschaft alles bieten zu können, dürfte sich bitter rächen. Die deutschen Gewerkschaften sind trotz Sitzer und Pfahmann kampfbereit und kampfbereit. Ihre Gebude geht zur Rüste. Wenn es durchaus sein muß, dann nehmen sie die Kampfanlage ihrer Gegner an, dann werden sie zu kämpfen und sich ihr Recht zu erkämpfen wissen!

Von den zahlreichen Reden der Gäste an dieser Kongress sei die Rede des Reichsarbeitsministers Siegel als besonders erwähnt. Seine Worte waren mehr klar als klar. Gewiß, er fand einige kräftige Worte gegen unsere Wirtschaftsführer und gegen die Schwermereidner in Verwaltung und Wirtschaft. Die Sozialpolitik habe gelitten, aber

es sei immerhin gelungen, sie, wenn auch beschäbigt, durch die Stürme der Krise hindurchzuführen. Zur Stärkung der Gewerkschaftsbelange gehören starke staatliche Fundamente; sind sie nicht vorhanden, dann hängen sie in der Luft. Der Staat sei unerschrocken. Den Arbeiter gebe es nicht schnell genug, die alten herrschenden Schichten möchten zurück in die Vorkriegszeit, die Jugend sehe keine Zukunft. Die nächste Zukunftfrage sei, wie die Arbeitslosen durch den Winter gebracht werden können. Es sei auch zu prüfen, wieviel Arbeitszeitverkürzungen und die periodische Auswechslung einzelner Belegschaften möglich wäre. Siegel sagte auch etwas über Volkshilfen und Naturabverpflegung für die darbenenden Arbeitslosen. Jedoch wichtiger war, worüber Siegel nicht redete. Unser Kollege Thomas hatte recht, als er dies in der Ansprache über Leiparts Geschäftsbericht besonders hervorhob. Nichts sagte der Reichsarbeitsminister zum Lohnabbau, nichts Positives über einen etwa beabsichtigten weiteren Abbau der Sozialleistungen, nichts über die unbedingte Hochhaltung des Tarifs- und Arbeitsrechts, nichts Positives über die bevorstehende Verkürzung der Arbeitszeit auch nur in einem einzigen Industriezweig. Die ganze Rede war abgefaßt auf Prüfungen und Verleumdungen. Es ist ihm weiteres verständlich, daß sie beim Kongress wenig freundlichen Widerhall auslöste und mancher herben, aber berechtigten Kritik ausgesetzt war...

Nach den Begrüßungsreden gab dann unser Kollege Leipart den Geschäftsbericht des Vorstandes. Dieser Bericht umfaßte das ganze Gebiet der Tätigkeit des Vorstandes in allen die Arbeiterklasse betreffenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Leipart formulierte unsere Forderungen. Schwere Anklage erhob er gegen unsere sogenannten Wirtschaftsführer, scharfe Anklagen gegen die Brüning-Regierung, die bei allen wichtigen Entscheidungen in der letzten Zeit und vor Ertrag der berichtigten Vorverordnungen die Arbeitervertreter nicht hörte und nur mit den Wirtschaftsführern verhandelte. Es scheint eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung zu sein, die wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe des deutschen Volkes auszuhalten. Scharf umriß der Redner den Inhalt der an anderer Stelle veröffentlichten Entschließung und die darin enthaltene Forderungen. In allen sozialen Einrichtungen könne nur ein Ausbau, nicht aber ein Abbau in Frage kommen. Der Redner, der auch alle unsere sonstigen Forderungen und Bestrebungen in den Kreis seiner Betrachtungen zog und die besonders pflegliche Behandlung internationaler Beziehungen verlangte, erntete am Schluß seiner großen Rede stürmischen Beifall.

In der lebhaften Aussprache kam auch die scharfe Tonart zum Wort. Aber sie beschränkte sich nur auf Kritik und ließ jeden greifbaren Vorschlag auf Besserung der Zustände vermissen. Schließlich wurde dem Vorstand gegen eine einzige einsame Stimme Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen.

Es folgte ein Vortrag des sozialistischen Professors Dr. Lederer über die Umwälzungen in der Wirtschaft und die vierzigstündige Woche. Dieser Vortrag war eine rhetorische und geistige Meisterleistung. Lederer behauptete das richtige Gefüge des kapitalistischen Wirtschaftssystems an den entscheidenden Stellen: das überflüssige Tempo der technischen Veränderungen, die dadurch erzeugte Aufblähung der Betriebsanlagen, die Investitions-Inflation, die Ueberbewertungen des Kredits, das zwangsmäßige Vorarbeiten der Großbetriebe, die Konzentration des Geldmarktes mit der Kursüberwertung — diesen dramatischen Weg der Wirtschaft in das Labyrinth der Krise zeigte Lederer. Vorschläge zur Gesundung? Die Selbsthilfe, die sogenannte Autarkie-Idee bezeichnete Lederer als gefährliche Romantik. Der steigende Grund der Produktionskapazität muß ausgegossen und überbrückt werden durch planmäßig eingesetzte Kredite. Das hochgeschraubte Preisniveau muß zertrümmert werden. Das Kapital muß bewußt in die seiner bedürftenden Kanäle geleitet werden. Zur internationalen Verwertung kann Hilfe bringen. Die unerlässliche Vorbedingung für diese Forderungen Lederers wäre die politische Vereinigung Europas.

Die Ansprache bewegte sich in bemerkenswerter Höhe. In vorzüglicher Weise wurde die theoretischen Untersuchungen Lederers unterstrichen. Das vorgetragene Material war erdrückend. Der Ruf: „Der mit der vierzigstündigen Woche!“ war der Schlußstein der Gegenwart bei dieser wuch-

ligen und gestaltenden Kritik. Der endgültige Schlußstein ist der Sozialismus. Automatisch kommt er allerdings nicht. Die Weltarbeiterschaft muß ihn wollen!

Dann redete in seinem Vortrag „Öffentliche und private Wirtschaft“ Oberbürgermeister Brauer aus Alfonsa scharf auf die Gegner der öffentlichen Wirtschaft. Dieser Vortrag war eine leidenschaftliche Abwehr der gegen sie gerichteten unbedingten Angriffe der prinzipialistischen Reaktion. Punkt für Punkt unterwarf Brauer die Schlingelände des Privatkapitalismus im Kampfe gegen die öffentliche Wirtschaft. Und dann ging er zum Gegenangriff über. Er zeigte die politischen Hintergründe der maßlosen Begeisterung der öffentlichen Wirtschaft, um die, die durch das demokratische Wahlrecht zu politischem Einfluß gekommen sind, auch weiterhin in wirtschaftlicher Ohnmacht zu erhalten und von der Wirtschaftsführung auszuschließen. Nicht nur die öffentlichen Betriebe, sondern die gesamte Selbstverwaltung ist in Gefahr. Der demokratische Volksstaat aber hat zur Vorbedingung die restlose Erhaltung der Selbstverwaltung. Müdig legte dieser Oberbürgermeister ein überzeugtes Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie und zum Sozialismus ab. Die politische Demokratie allein genüge nicht; sie erhält erst das solide Fundament durch die Demokratisierung der Wirtschaft. Ein Teil dieser Entwicklung ist der öffentliche Betrieb.

Stärkender Beifall lohnte den Redner. Die Aussprache unterstrich in verschiedenen Variationen das durch Brauer abgelegte sozialistische Wirtschaftsbekenntnis. Auch die Belange der Bauwirtschaft wurden dabei erörtert. Wir bringen diese Rede und auch die Reden unserer übrigen Debattierenden zu anderen wichtigen Punkten der Tagesordnung an anderer Stelle. Die dem Vortrag Brauers zugrunde gelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Ueber „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ sprach mit von ihm gewohnter Sachkenntnis Clemens Kämpel. Seine Rede gestaltete sich zu einer interessanten und lehrreichen Vorlesung über den Stand und die Emporgang der Arbeitsrechts. Die Träger des kollektiven Arbeitsrechts sind die Gewerkschaften. Objektiv unmöglich ist, Arbeitergewerkschaften und Unternehmerkartelle gleichzeitig zu stellen. Vom Profitstreben im Sinne der Kartelle könne bei den Gewerkschaften nicht die Rede sein, sie kämpfen nur um die Lebenseristenz der Arbeiterschaft. Die Parität im Arbeitsrecht bedeutet Gleichstellung der Wirtschaftsmacht mit der Arbeitskraft, also weniger Unternehmer mit 20 Millionen Arbeitern. Das ist die Schwäche des kollektiven Arbeitsrechts. Anrupel beleuchtete die noch durchaus unvollkommene Anordnung dieses Rechts, die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden. Er formulierte unsere Forderungen für eine soziale Rechtsprechung. Die Einbrüche in bestehende Tarifverträge durch Vorverordnungen, die Auflockerung des Tarifrechts durch Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeitsklauseln, die Erschütterungen des Tarifgebodens haben schwere Schäden verursacht. Im Interesse einer gesunden Entwicklung des Staates müssen diese Bestimmungen der Vorverordnungen scheinbar verschwinden. Die Anerkennung und Ausübung des kollektiven Arbeitsrechts auf alle Arbeiter ist dringend notwendig. Eingehend behandelte der Redner die Entwicklung des Betriebsratsgesetzes und schloß mit einem Bekenntnis zur Idee der Sozialpolitik, zum Ausbau und zur Pflege des kollektiven Arbeitsrechts. Die Vortragsredner dieser Idee sind die Gewerkschaften!

Auch dieser Redner erntete reichen Beifall. Die Aussprache ergab eine Fülle neuer Ideen, zusammengefaßt war sie ein einmütiges Bekenntnis zu dem Vortrag Kämpels. Damit waren dann die großen Vorträge und ihre Besprechung auf diesem Kongress abgeschlossen. Anschließend wurden noch einige Anträge zur Sitzung des Bundes sowie einige besondere Anträge in seltener Einmütigkeit erledigt. Auch die Neuwahl des Vorstandes verlief völlig reibungslos. Drei bewährte Kollegen schieden aus Altersrückblicken freiwillig vom Vorstande aus: Hermann Kube, Hermann Müller und Alexander Knoll. Leipart widmete diesen ausscheidenden Kollegen herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung. Der Kongress erhob sich zu Ehren der Ausscheidenden unter lebhaftem Händeklatschen von den Gästen. An die Stelle der Ausscheidenden traten Egger für Müller, Schlimme für Knoll, außerdem wurde Spiliedt als Sekretär eingesetzt. Der Ersatzmann für den Kassierer Kube soll später durch den Vorstand gewählt werden.

So hat dieser Kongress von Anfang bis Schluß ein Bild seltener Harmonie und Geschlossenheit. Dies stellte der Vorsitzende Brandes im Schlußwort ganz besonders fest. Er lobte den Geist der Einigkeit, der trotz arger Notzeit diesen Kongress durchsetzte. Er rühmte in gleicher Weise den Geist der öffentlichen Kundgebungen am 31. August und am 3. September. Das Fazit dieser imposanten Kundgebungen ist: Das deutsche Arbeitsvolk steht zu seinen Vertretern. Brandes dankte allen, die zum guten Gelingen der Arbeiten des Kongresses und der Kundgebungen beigetragen haben. Dieser Kongress war wie der internationale Sozialistenkongress in Wien eine Kundgebung für den Völkerverein und gegen all das, was dem entgegensteht, in erster Linie gegen die deutschen Reparationsverpflichtungen und ihre verheerenden Folgen. Der Kongress war ferner eine starke Anklage gegen unsere sogenannten Wirtschaftsführer. Ihre maßlose Schuld an der Wirtschaftskrise hat der Kongress schonungslos aufgedeckt. Er hat aber auch die Wege gewiesen, die zu neuen Ufern führen. Er hat protestiert gegen Lohnabbau und Abbau des Sozialrechtes. Er hat ferner Stellung genommen gegen das vielfache Unrecht der Notverordnungen der Reichsregierung

**Wichtigste von dem Gewerkschaftskongress angenommene Entschlüsse.**

**Zum Bericht des Bundesvorstandes.**  
Die Politik der Reichsregierung vertritt in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schweren und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Vorbereitung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einem Geiste, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gesamtwirtschaft verfahrenen Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperchaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unersättlichen Forderungen und Beschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

**Zu den Umwälzungen in der Wirtschaft und zur Weltwirtschaftsnot.**  
Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft, hat außergewöhnliche Ausmaße angenommen. Hinzugetreten ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die

gegenüber der arbeitenden Klasse. — Wir werden einem schlimmen Winter entgegensehen. Die Not pocht an allen Türen. Was die Gewerkschaften tun konnten zur Abmilderung der Not, ist geschehen. Diese Aufgabe werden die Gewerkschaften fortsetzen. Und sie werden am Ende die Sieger sein trotz aller Sölden und Ruffe der Gegner! So gehen wir entschlossen der Zukunft entgegen unter dem Banner der Demokratie und des Sozialismus, verantwortungsbewußt, kampfbereits, entgegen dem hohen Ziel, eng verbunden mit der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie. Alle Versuche von links und rechts, unsere Bewegung zu spalten und zu lähmen, sind machtlos abgeprallt am ruhig dahinschreitenden Katapult unserer Gewerkschaften. Den Unersätklichen der Massen werden wir besiegen. Dieses Solwaker werden wir überlegen. Unter dieser Parole schreiben wir der Zukunft im Vertrauen auf die Kraft der Gewerkschaften entgegen einer besseren Wirtschaft, einer besseren Gesellschaft!

Der Kongress schloß unter stürmischem Beifall mit einem begeisterten Hoch auf die Gewerkschaften und dem Gesang des Sozialistenmarsches: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Welf steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufsichtige Abgabe an den Krieg, d. h. durch allgemeine Abrüstung, zu beseitigen und darauf die notwendige Vorbereitung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des IAWO, in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich und aus sozialen und politischen Gründen unabwendbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der geistlichen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

**Zur öffentlichen und privaten Wirtschaft.**  
Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Verlangen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Entfaltung der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperchaften entspringt ihrem geschäftlichen Aufgabebereich. Wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verdrängung des wirtschaftlichen Schweregewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerpricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich auf öffentliche Betriebe an sich nicht schließen. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Spitze der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verdrängungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrosselung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichem Rentennutzen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in

der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren. Maßnahmen sind als direkte und indirekte Wirtschaftsmittel, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperchaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrs- und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftszweigen. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei fächer als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperchaften gestellt werden.

Der Kongress erblickt in der Verstärkung der Einflüsse der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsbedingungswirtschaft.

Innerhalb der Aufgaben, die Staat und Kommunen zu erfüllen verpflichtet sind, gehört das Bauen zu den wichtigsten Teilen der öffentlichen Wirtschaft. Neben dem Straßenbau und dem Bau und der Instandhaltung von anderen Verkehrsanlagen, dem Bau von Wasser- und Kraftanlagen, Licht- und Kraftanlagen, von Kanälen zur Aufnahme von Abwässern und zu sonstigen Zwecken, dem Bau von Schulen, Krankenhäusern, Verpflegung- und Erholungsheimen und von sonstigen der Volksgesundheit und damit dem Volkswohl dienenden Anlagen, ist insbesondere notwendig, das Wohnungs- und Siedlungswesen durch die öffentliche Hand (Reich, Länder, Gemeinden) nachdrücklich und planmäßig zu fördern.

Der Kongress protestiert gegen die volksschädigende, durch den Emszug von Mitteln aus der Hauszinststeuer verursachte Drosselung des Wohnungsbau. Die Wohnungsnote ist dadurch zum Dauernzustand geworden, sie wird erneuert gesteigert und der Wiederaufbau alter unhygienischer Wohnungen verhindert. Der Zweck des Kleinwohnungsbaus ist für die arbeitenden Volksschichten gute gesunde Wohnungen in einem dem Bedarf genügenden Maße zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Das ist in erster Linie nur möglich durch eine ausreichende und planmäßige Verwendung von Geldern aus der Hauszinststeuer.

Die öffentliche Wirtschaft kann dieser Aufgabe um so leichter gerecht werden, wenn sie sich durch geeignete Maßnahmen (Aufnahme der Eigenproduktion, Ausgestaltung des privaten Handels) eine Beeinflussung der Kartellpreispolitik der haushälterzeugenden Industrie erzwingt.

Eine weitere Voraussetzung einer gesunden Wohnungs- und Siedlungspolitik ist billiges Bauland. Der private Grundstücksbesitz darf niemals wieder die Herrschaft über den Wohnungsbau erlangen. Der Kongress fordert daher von den Gemeinden eine weitestgehende Bodenreformwirtschaft und den nachdrücklichsten Kampf gegen den Bodenwucher.

**Zur Entwicklung und zum Ausbau des Arbeitsrechts.**  
Das kollektive Arbeitsrecht ist die heutige Entwicklung der Arbeitskräfte, allein entsprechende Rechtsform. Sicherung und Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die gestützt auf die geschlossene Macht der Arbeiterklasse, erfüllt werden muß.

Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutete einen großen Schritt für die Vereinheitlichung und die Durchführung des Arbeitsrechts. Die Rechtspflege der Arbeitsgerichtsbehörden hat jedoch die berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nur zum Teil erfüllt.

Der weitgehende Schutz der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit im Artikel 159 der Reichsverfassung hat in der Rechtspflege keine ausreichende Anerkennung gefunden. Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Werker, eine und der Arbeitermerkmale des Pommerischen Landbundes bedeutet eine Verkenning des Sinnes der Vereinigungsfreiheit in der Tarifgesetzgebung.

Gegenüber der Tariffähigkeit auch für wirtschaftliche Verbände gefordert werden, die nicht einzelne Arbeitnehmern oder Arbeitnehmer, sondern Vereinigungen zu Mitgliedern haben, sofern diese wirtschaftlichen Verbände auf Grund ihrer Satzungen Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln können.

**Opposition, Demagogie, Verstandlosigkeit.**

Der Volksentscheid in Preußen ist vorüber. In sich löge keine Veranlassung vor, auf ihn zurückzukommen. Aber wir erinnern uns dieser Sache aus Anlaß gewisser Versammlungserfahrungen, einiger Zeitungen und eines Briefes, welche letztere uns eines Wagnisses auf unseren Tisch gelegt wurden. Wir sind zwar davon überzeugt, daß den Fanatikern, die nun einmal partout der Menschheit die Erlösung vom Arme in Arm mit dem Gelben und Nazis bringen wollen, nicht zu helfen ist. Aber für diese schreiben wir ja nicht. Jenen anderen aber, die erschauernd die übergroße Mehrheit bilden, sei wieder einmal gezeigt, wie es bei denen ausschaut, die nun einmal auch politisch nicht alle werden.

Wenn jemand unter Anlehnung an Heinrich Heines Worte:  
Im hungerten Magen  
Zur Eingang finden  
Suppenlogik mit Anbelbgründen

Verständnis für die verheerenden Folgen aufbringt, die ein leerer Magen auf die Denkfähigkeit des Menschen ausübt, dann wird diese allebekannte Tatsache als eine „Verhöhnung der Erwerbslosen“ bezeichnet. Von den zahlreichen Verammelten hatte diese zwar niemand empfunden; erst der mit Leninischem Geiste gewippte Sprecher der KPD, machte diese „Feststellung“. So geschehen in Wreschenheim, einem Städtchen in der heftigsten Rheinprovinz, von wo der Geistesblitz seinen Weg fand in den „Pionier“ der KPD. (Einzige Leute sagen: KPD. = Kullische große Ohren.) In

Wreschenheim verkündete auch der KPD-Trompeter mit großer Emphe: „Wir Kommunisten haben die Führung des Volksentscheides übernommen, wir stellen uns an die Spitze.“

In einem anderen kleinen Ort, der vor seinem Namen allerdings die Bezeichnung „Groß“ führt, war man ebenfalls so vom bolschewistischen Schwung hingelassen, daß man auch dort nicht merkte, vor welchen Wagen die Tölpel- und Neumänner ihre Parteiländer spannten. Unschuldsvoll ließ sich der Wortführer der Kommunisten vernehmen: „Die Kommunisten beteiligen sich am Volksentscheid, um zu verhindern, daß Tausende und aber Tausende Proletarier ihre Stimmen den Faschisten geben.“ Das hatte er in seiner KPD-Zeitung gelesen. Hätte er darüber nachgedacht, dann wäre er sehr bald dahintergekommen, daß es sich überhaupt nicht um eine Wahl handelt, sondern um eine Abstimmung über eine von Faschisten gestellte Frage, die im faschistischen Sinne zu beantworten die Kommunistische Partei in treuer Überbarmutlichkeit auf den Faschisten aufzuerst. — Proletarier, Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung, fordern in ihrer Verdrängung auf gläubig von ihren Klassengeossen, sie sollten „sich nicht bangen machen lassen vor Hitler und ruhig zum Volksentscheid gehen.“ — Mögen solche Propagandagötter sich wohl fühlen im Kreise jener „Genossen“ vom 9. August, von denen die Zeitung des Lenkbundes, „Die Fahne des Kommunismus“, berichtet, daß ein Mitglied des Bundes vor einem Abstimmungslokal auf die Frage nach dem Wohin und Woher von einem Mitglied der KPD, die Antwort erhielt: „Das ist der Genosse von den Nazis und ich bin Genosse der KPD.“

In Griesheim b. D. erscheint ein „Rotes Sprachrohr“, hauptsächlich redigiert von einem leibhaftigen Gemeinderat. Und er schrieb noch am 15. August vom „roten“ Volksentscheid. Dem Herrn Gemeinderat ist entgangen, daß die historische Blindheit der Hessen heute nur noch bei den Nachfahren der KPD, anzutreffen ist. Diese hatten in ihrer Farbenblindheit gelb für rot. Deshalb laufen sie der KPD nach und sehen auch nicht, daß auf der Quadriga des preußischen Volksentscheides die Fahne Schwarzweißrot mit Stahlhelm und Hakenkreuz weht. — Die Art, wie man sich in dem Staat des Herrn Gemeinderats mit einer Verammlung des Waagerechtsbundes befaßt, zeigt, daß hier ein vollendeter Hohlkopf am Werke ist. Der Herr Gemeinderat sollte schleunigst einen Kursus im Schreiben nehmen. Zuschnitt erteilt die „Rote Fahne“, die am 25. August begliffert über einen Kongress von Arbeiterkorrespondenten zu berichten weiß, wo 70 000 Sowjet-Arbeiter-Korrespondenten vertreten wurden. (Sollte es in Zukunft solche Menschen geben, die schreiben können?) Wir haben alle Achtung vor ihnen. Sie sollten aber schleunigst ihren deutschen Kollegen in Griesheim zu einem Schulungskursus einladen.

Die Zeiten sind ernst, sehr ernst und bitter für alle; am schwersten für jene, die ohne Einkommen und Erwerb dastehen. Dank der „Erziehungsarbeit“ der KPD, stehen leider allzu viele Volksgenossen den Dingen völlig ratlos gegenüber. Ihr „Marxismus“ steht nur in Personen, nicht wie Karl Marx in den Produktionsverhältnissen die Ursachenguelle der verdammt elenden Lebensverhältnisse des Volkes. Das zeigt auch ein uns aus Glaucha zuge-

Ebenso stellt die durch die Rechtsprechung anerkannte Zulässigkeit der Nichtzahlung des Tariflohnes wegen Verschweigen der Gewerkschaftszugehörigkeit und der Entlassung wegen des Anspruchs auf Tariflohn im Ergebnis eine Einengung der verfassungsmäßig gewährtesten Vereinigungsfreiheit dar.

Zur unbedingten Sicherung der Tarifverträge fordert der Kongreß eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verstoß auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Ferner fordert der Kongreß, daß auch der nachträgliche Verstoß auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Die Allgmeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist so zu beschleunigen, daß alle Umgehungsversuche dadurch rechtlich ausgeschlossen werden.

In der grundsätzlichen Frage des Schlichtungswesens befragt der Kongreß erneut die Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlichtung eine staatspolitische Aufgabe ist und daß der von der Arbeiterklasse erstrebte soziale demokratische Staat die Pflicht hat, bei der Schlichtung von Tarifverträgen Hilfe zu leisten. Die Gewerkschaften erleben in erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden. Wegen der systematischen Lohnabnau mit Hilfe des Schlichtungswesens und gegen die Eingriffe in das Tarifrecht durch die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung erhebt der Kongreß den schärfsten Protest. Diese Eingriffe haben sich ausnahmslos gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Sie sind außerdem nicht mit der Vorlage des Reiches zu begründen. Die Tarifverträge hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in der Krise auf Grund gesetzlicher Eingriffe nicht weitergelten sollen.

Mit Nachdruck fordert der Kongreß den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Vereinlichung des Arbeitsvertragsrechtes und die Erweiterung des Arbeitszuges muß endlich mit dem ernstlichen Willen behärriger gesetzlicher Neuregelung in Angriff genommen werden.

Im Berufsausbildungsgesetz ist der Vorrang des Tarifvertrages eindeutig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lehrlingsausbildung zu gewährleisten.

Weiter fordert der Kongreß erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Er fordert ferner den gesetzlichen Urlaubsanspruch von 14 Tagen für alle Arbeiter unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorzug zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.

Der Kongreß spricht den Betriebsräten erneut den Dank der Arbeiterklasse aus. Unter schwierigsten Verhältnissen haben sie im Interesse der Arbeiterklasse selbstlos und mit Erfolg ihre Pflicht getan. Die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und für weitestgehende Sicherung der Betriebsvertretungsmittelglieder einsetzen.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, auf den Reichstag und die Reichsregierung einzuwirken, folgende gesetzgeberische Maßnahmen zu veranlassen:

1. Zum Gesetz über die Sicherung von Bauverordnungen, vom 1. Juni 1909: Zur Sicherung der Bauarbeiterlöhne ist unverzüglich der 2. Abschnitt des vorgenannten Gesetzes durch Reichsverordnung für alle Länder in Kraft zu setzen. Der § 9 des Gesetzes ist entsprechend zu ändern.
2. Zur Gewerbeordnung: § 127, Abs. 1 erhält folgenden Zusatz: „Eine Entschädigung (Lehrlohn) für die Ausbildung darf vom Lehrherrn weder vom Lehrling noch von seinem Vertreter gefordert werden.“ §§ 81a, Ziffer 4, und 88, Abs. 2, Ziffer 11 sind zu streichen.
3. Zum Arbeitsgerichtsrecht: § 111 ist zu streichen; kann das nicht durchgeführt werden, dann sind folgende Änderungen vorzunehmen: § 11, Abs. 1 erhält einen Zusatz folgenden Wortlauts: „Das gleiche gilt für das Verfahren vor dem Innungsausschuß für Lehrlingsfreistellungen (§ 11). Dieser Innungsausschuß hat an der Unterfertigung der Bescheidungsbeschlüsse teilzunehmen.“ Im § 12 ist folgender Absatz 5 einzufügen: „Die Kosten des Verfahrens vor dem Innungsausschuß für Lehrlingsfreistellungen (§ 11) sind von der Innung zu tragen, auch wenn der Lehrling unterliegende Partei ist.“
4. Zum Gerichtsverfahren: § 77, Abs. 1 ist zu ändern, daß in Arbeitsgerichtsprozessen Arbeiter davon befreit werden, als Zwangsverpflichtete der Arbeitskosten zu tragen zu müssen.
5. Vermieterpfandrecht, Sicherungsübertragungen und Abtretungen: Um zu verhindern, daß wie bisher in vielen Fällen die Zwangsverpflichtung von Arbeitsgerichts-urteilen fruchtlos verläuft, ist ein Gesetz zu verabschieden,

das das Vermieterpfandrecht sowie Sicherungsübertragungen und Abtretungen wirkungslos macht gegenüber Lohnforderungen.

6. Zum Berufsausbildungsgesetz: Der vorliegende Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes ist im Sinne der freigeberischen Forderungen zu ändern und alsbald zu verabschieden. In dem künftigen Berufsausbildungsgesetz sind insbesondere Bestimmungen zu treffen, die den unbedingten Vorrang günstiger Tarifbestimmungen schaffen vor den Normen des Reichs- und Landesrechts, Vereinbarungen im Lehrvertrage und vor den Anordnungen der gesetzlichen Berufsvertretungen auf Grund der Gewerbeordnung.

7. Hinsichtlich der Abgrenzung des Geltungsbereiches der Bauarbeitertarife von anderen Tarifverträgen vertritt der 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands folgenden Standpunkt: Wird Bauarbeit in einem Nichtbaubetriebe geleistet, so finden die Bauarbeiter Tarife Anwendung, wenn es sich um unabhängig beschäftigte Arbeiter handelt. Diese Regelung geht dem § 2, Abs. II ZPO, vor. Der Vorrang der Bestimmungen eines günstigeren Tarifvertrages bleibt jedoch unberührt (Günstigkeitsprinzip).

(Die Ziffern 6 und 7 dieses Antrages sind dem Bundesvorstand als Material überwiehen worden.)

Der Gewerkschaftskongreß beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz in dem Sinne geändert werden, daß in den Versicherungszweigen als Voraussetzung für den Unterfertigungsanspruch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis, nicht aber die Tatsache der Beitragsleistung, und als Maßstab für die Unterfertigungshöhe die Höhe des Lohnes und nicht die Höhe der Beiträge gilt. Für die Steigerungssätze in der Invalidenversicherung soll gleichfalls die gesamte Dauer versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, nicht aber die Zahl der Beiträge maßgebend sein.

### Die Baraber vom Walchensee

„Am Säubende des Hochfesses surren die Maschinenanlagen eine Melodie der gebührenden Kraft; der Wanderer hat den Ton noch im Ohr, wenn er, die alte Straße aufwärts steigend, an Baraden vorüberkommt, in denen einst die Arbeiter am Werkbau hausten. — Baraber. — Die Namen der Baraber vom Walchensee sind verschollen, nur eine Zeugnishaft am Werk mit den Namen der Verunglückten zeigt von ihnen. Josef Rameck hat ihnen allen

ein literarisches Denkmal gesetzt. Sein Buch ist höchst erfreulich als Lebensbeschreibung einer Arbeitergruppe, die als Unterbau für stolze Kulkonstruktionen dient und an der Kultur keinen anderen Anteil hat als den sie sich durch ihre Organisation erkämpft.“

So urteilt das „Hamburger Echo“ über das im Verlag unseres Bundes erscheinende Buch.

Bundesmitgliedern erhalten das Buch, 300 Seiten stark, in Leinen gebunden, für 3.— M. Bestellungen nehmen die Baugewerkschaften entgegen.

### Besondere Reden unserer Vertreter auf dem Gewerkschaftskongreß.

**Zum Geschäftsbericht.**  
Kollege Th. Thoma: Ich bedauere, daß die Sozialpolitik nicht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung steht; hoffentlich hat das nicht symbolische Bedeutung. Leider habe ich im Jahre 1928 recht behalten, als ich meine vorerwähnte Stimme gegen das Ausnahmengesetz der Saisonarbeiter erhoben habe. Heute werden die Saisonarbeiter als Verdachtskandidaten benutzt, um die Unterfertigungen herunterzusetzen. Wenn man sieht, daß sie nicht ganz dabei verunglücken, bekommen auch die übrigen dieselben Sätze und die Saisonarbeiter werden wieder vorgezogen, um einem erneuten Unterfertigungsabnau die Wege zu ebnen. Wann das aufhören soll, weiß niemand. Im Baugewerbe kann von Saisonarbeitslosigkeit längst nicht mehr gesprochen werden, wohl aber von einem Dauerrecht gegenüber dieser Berufs-schicht. Ueberhaupt muß zu diesem Kapitel gesagt werden, man hat in den letzten Jahren mit der Arbeiterkraft Schindluder getrieben! Minister Stegerwald wird nicht erwarten, daß wir ihm heute Lorbeerkränze winden. Uns wird immer vorgehalten, Herr Minister Stegerwald sollte sich gern an der

Arbeit. Sechs Milliarden und mehr werden für soziale Unterfertigungen in Deutschland gezahlt. Aber, Herr Minister, es kommt nicht darauf an, wieviel Reich und Löhner im Jahr dafür ausgegeben, sondern darauf, was der einzelne bekommt, und das ist in Zehntausenden von Fällen so bitter wenig, daß die Not täglich und stündlich an die Stirn klopf. Den Arbeitern wird gepredigt, sie sollen entbehren. Sie hätten vielleicht dafür Verständnis, wenn dies fraurige Lied von allen gesungen würde. Aber die am meisten darüber reden, entbehren nicht, und die am meisten zu entbehren, reden viel zu wenig darüber. Die anderen Kreise sind gewohnt, viel mehr zu schreiben als wir. Wir haben ja ein Beispiel aus den letzten Vorgängen. Kann man es den Rentenempfängern einreden, daß sie für Deutschlands Wiederaufstieg hungern müssen, solange sie die Rentenpensionen für Gegner der Republik fesseln? Solange die Gehälter der Höchstdiener nicht beschneiden werden, solange man Hunderte von Millionen für verkehrte Erlöse, für Großbanken übrig hat? Aber wenn für die Erwerbslosenunterfertigung etwas gebraucht wird, ist nichts da. Das letzte Kabinett Hermann Müller ist über lumpige 80 Millionen gestürzt. Minister Schiele werden sicher heute morgen die Ohren geklungen haben, als Herr Minister Stegerwald sprach. Aber ich hatte während dieser Rede den Eindruck: „Die Vorkämpfer hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Minister Stegerwald sprach von dem „Kern“, den er der Sozialgesetzgebung erhalten will. Da dachte ich, es gibt Kerne und es gibt auch Zuckkerne — hoffentlich gibt nicht für uns die Zuckkerne reserviert, das wäre sehr unangenehm! (Sehr laut.)

Der Gewerkschaftskongreß fällt in eine Periode des Lohnabbaues allerhöchster Art. Wenn nicht alle Zeichen trügen — vielleicht kann Minister Stegerwald uns sagen, daß ich mich irre —, trägt man sich in der Spornpfortstraße in Berlin noch weiter mit dem Gedanken, die Löhne abzubauen. Minister Stegerwald hat vor einigen Monaten das große Wort ausgesprochen, daß ein weiterer Lohnabnau nicht mehr in Frage komme. Ich habe heute morgen meine Ohren gespitzt, um zu hören, was er nun zu dieser Frage erklären würde. Aber da muß ich sagen, interessant war die Rede immer da, wo er geschwiegen hat. (Sehr laut.)

Damit komme ich zum Kapitel der Allgemeinverbindlichkeitsklärungen von Tarifverträgen, nicht nur im Baugewerbe, sondern überhaupt. Es ist Ihnen vielleicht durch die Gewerkschaftszeitung ein Schreiben bekannt geworden, das aus dem Reichsarbeitsministerium an eine unserer Sparten im Baugewerbe geschrieben worden ist. Da heißt es mit Bezug auf die Allgemeinverbindlichkeitsklärung: „Ich habe bereits in mehreren Entscheidungen grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß es mir unzulässig erscheint, Lohnsätze, die an der obersten Grenze der Lohnhöhe aller Gewerbe des Tarifgebietes liegen, und die für die Weltmarktindustrien geltenden Löhne weit übersteigen, unter dem derzeitigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen im Wege staatlichen Zwanges aufzuerlegen.“ (Sehr laut.)

Verehrte Kongreßteilnehmer! Das heißt doch mit bärren Worten, dem Lohnabnau hinten herum Air und Fortschritt! Etwas anderes kann man aus diesem Schriftsatz nicht herauslesen. Ich würde es bedauern, wenn das die Meinung des Reichsarbeitsministers wäre. Ueberhaupt habe ich den Eindruck: Wir schlüßern in all diese Zustände genau so hinein, wie ein Bankrott, wie ein in den Krieg, wie ein in die Inflation, wie in die Dankkracht: Eines Morgens stehen wir dann auf und die Sorgen sind da — wir kommen leider immer zu spät. Dabei stehen wir gemäßigteren vor einem Dunkel. Wenn mir jemand mit dem Messer an den Hals will, wehre ich mich. Aber bei den heutigen Verhältnissen hat man eigentlich gar nichts, woran man sich halten kann: wir kommen tiefer und tiefer ins Elend hinein, ohne daß wir irgendeinen greifbaren Gegner haben, mit dem wir uns auseinandersetzen könnten. Da wäre es doch notwendig, daß die Behörden von oben bis unten einschließlich auch unserer eigenen Innungen sich einmal zusammenfinden und ein Programm aufstellen, damit man weiß, was nun eigentlich los ist. Man kann nicht Politik machen von 12 Uhr bis Mittag, sondern wir müssen eine Politik auf lange Zeit hinaus treiben. Herr Minister Stegerwald wird mir vielleicht antworten, die Verhältnisse ändern sich heute von Tag zu Tag. Aber warum ändern sie sich? Weil wir sie nicht fest in der Hand haben, weil wir uns schieben lassen, weil selber mit an der Spitze stehen und gemäßigteren, am ganz volksförmlich zu reden, nicht den Stier bei den Hörnern packen. Mit dem Wort: Wir müssen die Löhne senken, weil wir dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleiben müssen, ist nichts erreicht. Wir haben doch gesehen, was geschieht: Das Ausland senkt seine Löhne aus, und wir stehen genau wieder an derselben Stelle, nur mit dem Unterschied: Im Ausland hat man nicht zwei Minister, von denen der eine die Löhne ab-, der andere die Preise aufkauft. (Sehr laut.)

gangener Brief ohne Unterbrechung, in dem sich ein Kollege und seine Ehefrau — wie wir hoffen wollen — alle Not vom Herzen geschrieben haben. Wir sind verantwortlich für die Notverordnung, wir fragen Schuld an der Arbeitslosigkeit, kurz und gut, wir sind schuld an allem wirtschaftlichen Elend, ist ihre Meinung. Wie dumme müssen doch die „Bonzen“ sein! Einige Ueberlegung müßte jedem sagen, wenn es in der Nacht der „Bonzen“ läge, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, eine wirtschaftliche Wägenzeit von unabsehbarer Dauer herauszufahren, dann würden sie es sofort tun. Wenn erst dann, aber auch erst dann, wären sie ja ihrer Hoffen — an die sie angeblich lieben — sicher. Wenn das „Reben“ lohnt sich ja erst, wenn gute Bezahlung damit verbunden ist. Bezahlung aber ist überhaupt nur möglich, wenn die Mitglieder in Arbeit stehen und Beiträge zahlen können. Im Interesse der „Bonzen“ liegt also selbst die Besetzung der Arbeitslosigkeit. Zur Wirtschaftspolitik und volle Beschäftigung ihrer Mitglieder sichern ihnen die so viel verkanteten Hoffen. Die AWOten behaupten, die Bonzen täten das Gegenteil. So wenig Intelligenz sollte man ihnen denn doch nicht zubilligen!

Die Gesetzesfassung der Verständnislösung beleuchtet diese Frage: „Hälmann ist Transportarbeiter, und was war Wert?“ Mit Verlaue, Hälmann ist nicht Transportarbeiter. Seit mehr als zehn Jahren ist Hälmann das, was die, die von der Mühsal der im Dienste der Arbeiterbewegung Stehenden keinen blauen Dunst haben, „Bonze“ nennen; wohlbestallter Bonze der kommunistischen Partei, mit einem Gehalt, an das wir nicht kämpein können, auf Gehalt, das selbst in der schwersten Zeit der Inflation auf dollarsicherer Grundlage stand und gezahlt wurde. (Auf der

Kandidatenliste zur Bürgerchaftswahl in Hamburg wird als Beruf Hälmann angegeben: „Führer der SPD.“!! Führer ein Führer, „Führer“! — Auch unser anonymes Schreiben in O्लाughau singt ein Lied auf den „roten“ Volksentscheid. Da kann man fast nichts machen! Ich habe in früheren Nummern des „Grundstein“ mitgeteilt, wie vor dem Führervert der offiziellen SPD, über den schwarzweißen Volksentscheid dachte. Hier ist noch eine kommunistische Stimme. In der Julinummer der kommunistischen Funktionärzeitung „Der bolschewistische Kurs“ schrieb der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen: „Jede Teilnahme an der Abstimmung am 9. August ist eine Zustimmung zum offenen Faschismus, eine Zustimmung zur offenen Diktatur, zu noch brutaleren Unterfertigungsmethoden. Der 9. August ist die Heerfahrt der finsternen Reaktion... Stahlhelm-Volksentscheid ist offene Kriegshetze, ist forcierte Wägenzeit, ist neuer Zollwucher, ist neuer Lohnabnau, ist weitere Kampferverleumdung.“ Wofür haben sich die Funktionäre der SPD. eingesetzt?

Die katastrophale Niederlage der kommunistischen Partei beim Volksentscheid illustriert ein Bericht der „Arbeiter-Politik“, eines kommunistischen Organs, über die Abstimmung in der Kösliner Straße in Berlin: „Es gibt in Deutschland kaum eine Straße, die dem revolutionären Proletariat so bekannt ist, wie die Kösliner Straße 122a. Wählerverhältnisse. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielt die kommunistische Partei 606 Stimmen, alle die absolute Mehrheit, beim Stahlhelm-Volksentscheid, der von der Partei als ein „roter Volksentscheid“ bezeichnet wurde, fanden sich in der Kösliner

Straße ganze 144 Wähler, die mit Ja stimmten.“ — Wo sind die 606 SPD-Stimmen vom 14. September geblieben? Die kommunistischen Arbeiter in Berlin, Hamburg, Köln, Solingen und ähnlichen kommunistischen Hochburgen, die leider in großen Massen dem kommunistischen Reichstamm gefolgt sind, mögen an diesem Beispiel der Ablehnung, das noch um Hunderte vermehrt werden könnte, erkennen, für welche Zwecke sie mißbraucht wurden.

Die „Rote Fabne“ setzt ihre Einseitigkeitspolitik fort und faßelt unentwegt vom „roten Volksentscheid“. Er war so rot, daß die illustrierten Zeitungen Bilder brachten wie Goebbels und Siller, wie Prinz Aumi und andere zügelte und militärische Generale das Abstimmungslokal verlassen, wo sie gleich dem kommunistischen Proletariat gegen das republikanische Preußen stimmten. Der Herzog von Coburg-Gotha faßte für den „roten“ Volksentscheid seinen ganzen Autopark für den Schleppendienst zur Verfügung gestellt. Von diesem Volksentscheid schreibt die „Rote Fabne“ am 25. August: „10 Millionen werksfähiger Preußen haben an diesem Tage dem kapitalistischen System den Krieg erklärt.“ — Siller, Goebbels, Selb, Prinz Aumi, das ganze Geschweh mit die Luxemburg-Liebknecht-Wörter herum, werksfähige Preußen! Soll man nun lachen oder weinen?

Wenn diese Zeiten unserm Anonymus in O्लाughau und den Meinungsvorwandten in anderen Orten zu Gesicht kommen, dann müßte sie einmal in Ruhe über das Gesehene, besonders über das kommunistische Ursprungs nachdenken. Vielleicht ist noch nicht bei allen Hopen und Wägen verloren...

So ist es doch in Wirklichkeit in Deutschland! Herr Stegerwald, Sie müssen Ihrem Kollegen Schiele einmal ganz deutlich die Wahrheit sagen! (Selbstkritik.) Wenn Sie so offen reden, wie heute morgen hier, wird sich Herr Schiele das wohl nicht hinter den Spiegel stecken. — Ich hoffe also, daß wir nicht auseinandergehen, ohne uns mit einem entscheidenden Programm gegenseitig die Verpflichtung aufzuerlegen, dem weiteren Verlauf möglichst entgegenzuarbeiten. So darf es nicht weitergehen! (Beifälliger Beifall.)

**Jan Pankat: Öffentliche oder Privatwirtschaft?**  
Nikolaus Bernhard: Ich stimme mit dem Referenten überein, daß die öffentlichen Körperlichkeiten sehr viel Verpflichtungen haben. Wollen Reich, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben als Gemeinwesen erfüllen, dann müssen sie das Zentrum lebhaftester Wirtschaftstätigkeit sein. Sie könnten dann wirtschaftspolitisch wegwandern und mit ihren Aufträgen konjunkturnah liegend, also für die Arbeitsmarktlage bestimmend wirken. Das würde allerdings voraussetzen, daß sich alle öffentlichen Körperlichkeiten, besonders aber die Gemeinden, dem Einfluß der Privatwirtschaft entziehen und alle in ihren Aufgabenkreis fallenden Verpflichtungen erfüllen, wie sich diese nach allem Fortkommen und den gesteigerten kulturellen Bestrebissen entsprechend geschichtlich entwickelt haben. Wachstum der Bevölkerung und ihr Zusammenströmen in die Städte haben neben der industriellen Entwicklung steigende Anforderungen an die Gemeinden gestellt. Während es in Deutschland im Jahre 1871 erst 8 Großstädte mit 4,8% der gesamten Bevölkerung Deutschlands gab, haben wir heute 50 Großstädte mit über 20% der Bevölkerung. Nicht minder beachtlich ist das Wachstum der Mittelstädte.

Daß die mannigfachen neuen Aufgaben, die den Kleingemeinden erwachsen, nicht mehr vom privaten Unternehmertum bewältigt werden konnten, versteht sich leicht. Der größte Teil der neuen Aufgaben entstand auf dem Bauwirtschaftlichen Gebiet, und zwar nicht in der Erbauung von Verteidigungsanlagen und Wehrtürmen, wie im Mittelalter, sondern beim Ausschließen des Weichbildes vor den Städten. Bis weit ins flache Land hinein baute man Straßen und andere Verkehrsgrundlagen, Wasser- und Abwasserleitungen, Licht- und Kraftanlagen, Kanäle zur Aufnahme von Abwässern und zu sonstigen Zwecken, Schulen, Krankenhäuser, Versorgungs- und Erholungsheime und noch viele sonstige der Volksgesundheit und damit dem Volkswohl dienende Anlagen. Vieles von diesen Aufgaben wurde Jahrzehntlang dem privaten Gemeinnütze aus- geliefert — an einen Gauden kränken die Gemeinden heute noch. Glücklicherweise wurde den meisten Volksgenossen doch bald bewußt, daß sich die Gemeinden nicht mehr nur um die Unterhaltung einmal geschaffener Anlagen kümmern dürfen, daß sie vielmehr die Planung und Ausführung der für die Entschärfung maßgebenden Bauwerke selbst in die Hand nehmen müssen.

Ich kann mich nicht mit allen Baufragen beschäftigen; ich will mich lediglich auf einen Teil beschränken, der für alle öffentlichen Körperlichkeiten der lebenswichtigste ist. Es ist das Wohnungs- und Siedlungswesen. Neben Nahrung und Bekleidung ist die Wohnung für uns Kulturmenschen der notwendigste Bedarfsgegenstand. Wesentlich ist, wie die Wohnung beschaffen ist. Wir haben Beispiele aus der Herrschaftszeit der Grundstückspekulanten, die mit den Bauunternehmern und Krämerleuten die Gemeindepaläste beherrschten und ihre Macht in persönlichen Gemeininteressen rücksichtslos ausübten. Es entstanden Wohnkellern mit Stroh ohne Licht und Luft, in denen nicht nur Menschen, sondern das Vieh wuchs, feuchte Kellerhöhlen und sonstige eckige Räume mit millionenfachen Krankheitskeimern. In solchen und dazu noch vielfach wegen hoher Miete überbelegten Räumen konnte sich der schaffende Mensch nicht erholen, konnte keine Lebensfreude, kein dem Staat nützlichstes Familienleben aufkommen. Das änderste sich glücklicherweise in der Nachkriegszeit mit der Ausbreitung des Gemeinwirtschafts- gedankens. Heute haben wir in allen Städten sonnen- durchflutete Wohnungen mit Rasen, Blumen und Sträu- chern. Die Kinder werden nicht mehr auf die Straße ge- trieben, sie haben Spielplätze. Ich erkenne also durchaus an, was geschaffen wurde. Der Bau von Wohnungen wurde zu einer politischen Sache. Der Staat und die Gemein- den konnten nicht mehr gleichgültig zusehen bleiben.

So wurde viel Gutes geschaffen. Leider muß ich fest- stellen, daß, wenn die Anfänge hinausgeschoben, der Fortgang gebrochelt wird. Dabei ist der Wohnungs- mangel noch längst nicht abgedeckt. Gewiß verpörrnen wir heute weniger als vor einigen Jahren den Mangel an freien Wohnungen; denn in dieser Zeit hat jeder Arbeitende größere Sorgen. Am ihre leiblichen Bedürfnisse zu befrie- digen, pferden sich die Menschen zusammen, so daß wir heute eine starke Überbelegung der Wohnungen haben. Objektiv ge- sehen, ist die Zahl der fehlenden Wohnungen und die Zahl der jährlich zu bauenden Wohnungen noch sehr groß. Ich schätze, daß augenblicklich mindestens 500 000 bis 550 000 Wohnungen fehlen. Nehmen wir die Zahl der abzurückenden Wohnungen, so vom Reichsarbeits- minister schon vor Jahren auf 50 000 jährlich geschätzt wurden — was meines Erachtens gar nicht genügt — und den Zuwachs von Haushaltungen mit jährlich etwa 250 000 bin- zu, dann müssen in den nächsten Jahren etwa 350 000 bis 400 000 Wohnungen jährlich erbaut werden. In diesem Jahre sollten 215 000 Wohnungen geschaffen werden, und zwar 165 000 Wohnungen aus Hauszinssteuermitteln und 50 000 aus dem freien Kapitalmarkt. Beides war nicht möglich. Wir können heute schon mit Sicherheit sagen, daß am Ende des nächsten Jahres die Zahl der fehlenden Wohnungen eine Million betragen wird. Damit haben wir einen Dauer- zustand der Wohnungsnot geschaffen, die Wohnungsnot ge- wissermaßen verewigt.

Leider sind die Mittel, die aus der Hauszinssteuer aufgebracht wurden, schon fast ganz durch ihren ursprünglichen Zweck entzogen worden, zunächst für allgemeine Verwal- tungszwecke und dann durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, um gar nicht so sehr not- leidende Volksgenossen durch Senkung der Real- steuern noch mehr zu entlasten, als sie es gegenüber der Arbeiterklasse an sich schon sind. Ein Eingriff in den Haus- zinssteuereinnahmen bedeutet nicht nur ein Droßeln, sondern geradezu eine Lahmung des Wohnungs- baus und damit eines großen Teils der öffentlichen Wirtschaft. Ich habe in den letzten Wochen die Reichs- regierung und auch den Eckbetrag auf diese Zustände auf- merksam gemacht und dabei daran erinnert, daß es das

Unglück der Städte noch weiter vergrößert, wenn die Haus- zinssteuermittel für den allgemeinen kommunalen Finanz- bedarf vermandt werden. Die Stilllegung der in Gang befindlichen Bauten verurteilt hohe Sonderkosten durch Materialverderb, An- und Abtransport von Maschinen und Geräten, und Zinsverlust. Eine Steigerung des Wohlfahrts ist die nächste und augenscheinlichste Folge. Die Gemeinden würden also selbst dazu beitragen, ihre Wohlfahrtslasten zu erhöhen und die Steuereingänge zu mindern.

Ich weiß, daß die Gemeinden ein Opfer der Reichs- finanz- und Reichsbaupolitik sind. Ich warne davor, diese Politik fortzusetzen. Doch müßten die Gemeinden im volks- wirtschaftlichen und finanzpolitischen Interesse alles tun, um einer Rückkehr zur Aufwärtsentwicklung die Wege zu bahnen. Beschaffung von Arbeit ist wichtiger als Unter- stützungsgelder bereithalten. (Gebr. richtig!) Es ist gar keine Frage: ohne öffentliche Mittel gibt es keinen Wohnungsbau mit tragbaren Mieten für die Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Auf dem internationalen Wohnungskongress in diesem Jahre in Berlin ist diese Aufgabe von den Delegierten aller Länder bekräftigt worden. Nur ein Beispiel: Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunktur- forschung beträgt die Zinsbelastung einer Kleinstwohnung, mit Hauszinssteuermitteln finanziert, 333 %, ohne Hauszins- steuermittel finanziert 65 %.

Ich halte es für falsch — und der Herr Reichs- kanzler würdigen hat es auch vor einigen Jahren in dem Buch „Das nationale Bauprogramm“ ausgesprochen —, daß die Kosten gewaltiger Mehrleistung für die Behebung der Wohnungsnot nicht der jetzigen Generation allein auf- geladet werden kann. Das wäre ungerecht. Man hätte sehr wohl in den letzten Jahren durch Heranehmen von langfristigen Auslandsanleihen eine gute Wohnungsbaupolitik betreiben können. Aber wir kennen ja die Ursache; was der frühere Reichsbankpräsident Schacht in diesem Punkte Schädliches für unsere Gesamt- wirtschaft und damit auch gegen die Staatspolitik geleistet hat, ist allgemein bekannt. Hierfür darf ich in diesen Tagen auf keinen Oberbürgermeister der Landmann anderer Kongress-Stadt. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ lagte er in einer Magistratsitzung, daß Schacht der Städte verurteilt habe. Er hätte schuld daran, daß eine Frankfurter Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar — 63 Millionen Mark, die die Stadt Frankfurt mit billigstem Zinsfuß hätte erhalten können, durch die von Schacht betriebene Kreditverflechtung verhindert wurde. Heute will man die Hauszinssteuermittel noch mehr zu- sammenzustrumpfen lassen; von einer planmäßigen, auf viele Jahre ausreichenden Verwendung ist keine Rede. Es werden im Gegenteil Pläne geschmiedet, die auf eine weitere Entlastung der Hausbesitzer und damit auf eine ungewollte Verhäufung der Wirtschaftskräfte hinauslaufen. Man will von neuem den Wirtschaftskräfte Geschenke machen; mit dem neuen Plan sollen in den Notverordnung vom 1. De- zember 1930 und vom 5. Juni 1931 ergebene hat, sind sie nicht zufrieden. Diese beachtliche Minderung der Ein- nahmen aus dem Altkassenbesitz muß unsere härteste Be- kämpfung finden. Während heute das Einkommen trotz Krise noch auf etwa 1400 Millionen geschätzt wird, wollen die Hausbesitzer dem Reich nur 200 Millionen künftig über- lassen. Was die Grundstücksbesitzer und mit ihnen der Sanjand wollen, ist Wirtschaftsfreiheit, das ist gleichbedeutend mit Abschaffung der bei ihnen und Willkür auf der anderen Seite.

Ich darf den Herrn Reichsarbeitsminister mahnen erinnern an das, was er mit dem Herrn Reichskanzler zu- sammen im nationalen Bauprogramm schrieb: „Eine voll- kommen freie Wirtschaft im kapitalistischen Sinne darf überhaupt nicht wieder hergestellt werden.“ Wollen wir eine Verbilligung des Wohnungsbaus, dann müssen wir auch denken an die Baukosten, an die Grund- stückspreise, an die Aufschlagskosten, Gemäch von Pro- visionen, Gewinne, und all die vielen Nichtsteuer, die vom Bau profitieren wollen; nicht zuletzt auch an die Monop- olpreispolitik der Baustoffe erzeugenden In- dustrien. Der Reichswirtschaftsrat hat sich in vielen Sitzungen mit den unwirtschaftlichen Preisbildungen befaßt, vieles für die deutsche Wirtschaft untragbar gefunden und der Regierung nahegelegt, Maßnahmen zu treffen, die eine dauernde Lösung versprechen. Die Monopole mußten sich harte Urteile gefallen lassen.

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat der Re- gierung die Möglichkeit gegeben, gegen die Preispolitik der Kartelle vorzugehen. Leider verzögert der Reichswirtschafts- minister auf seine Befehle, nur ein Beispiel: Im Reichs- wirtschaftsrat hat man festgestellt, daß die Preise in der Zementindustrie fast doppelt so hoch sind, als die Preise in der Industrie für Umwogen verfertigt. Die Preispolitik der Zementverbände ist schon immer erfolgreich gewesen. Gegen die Außenleiter wurde mit den rigorosesten Mitteln vor- gegangen. Angehörige wurden in den Zementindustrie in- vestiert. Das hat 1930 selbst zugefallen, als er gründungen über den Bedarf hinaus“ festzustellen seien; er sagt weiter, daß man von dem Verantwortlichkeitsgefühl der Banken eine starke Verhinderung der Kapitalfleht- leistung hätte erwarten müssen.

Die künstliche Hochhaltung der Preise hat immer wieder erneut zur Bildung von Außenleitern angelegt. Vieles wurden die Unternehmungen auch nur gegründet, weil die Gründer sehr wohl wußten, daß der Zementverband die Werke zu einem tiefenhaften Preis übernehmen würde, um die Aufnahme oder Weiterführung der Produktion zu verhindern. Aus dem Wesen des Freistaats Sachten weiß ich, daß noch vor wenigen Wochen rinsteiler Zement für 333 % je 10 Tonnen frei Del geliefert wurde, aber jetzt nach dem Anschlag des Außenleiters am den nord- deutschen Zementverband mit 405 % bezahlt werden muß. In dieses traurige Kapitel deutscher Wirtschaftspolitik hätte die Reichsregierung schon längst eingreifen müssen. Auch die Gemeinden müssen sich der Dinge annehmen.

Nun noch ein Wort zur Bodenpretsamir- schaft. Wenn man planmäßig siedeln und billig bauen will und Gemeinnützigkeit und Gemeinwirtschaft das Gut Wob-

nungen beherrschen sollen, dann muß die öffentliche Hand Land besitzen. Ein gutes Beispiel bietet uns Frankfurt am Main. Würden Sie, daß der frühere Stadtbaurat May die Gebungen, die um Frankfurter Stadtelände erkanden sind, hätte so billig erhalten können, wenn er vom Privatgrundbesitz abhängig gewesen wäre? Niemals! Er war frei von der Tyrannel der Privatgrundstücksbesitzer und konnte das billige Gelände ausbilden. Nur so konnte er billige Wohnungen beschaffen!

Schlamm haben sich die Spekulationen der Terrain- unternehmungen oder einzelner Grundstücksbesitzer aus- gewirkt. Das sollte Unlach geben, weniger zaghaft zu sein. Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist den Grundstücksbesitzer bisher nicht als ein Pflicht der Ge- meinschaft gegenüber, am der Befamtheit Außen zu verschaffen, sondern sie sehen ihre Aufgabe als Weid- sachterestenten. Seit einhalb Jahren haben wir einen Bau- landgesetzentwurf. Die Gedanken hierfür sind sowohl in dem von der sozialdemokratischen Reichstags- fraktion eingereichten Entwurf für ein Wohnungse- stätten-Gesetz, wie auch in dem Entwurf für ein sojales Wohn- und Mietrecht angeproben. Dort wird gesagt, daß die Gemeinbebehörden verpflichtet sind, für die Beschaffung ausreichenden Wohnraumes zu sorgen, da ihnen für alle in ihrem Bezirk wohnenden Staatsbürger die Beobach- tungspflicht zukommt. Ich könnte zahlreich Beispiele eines skandalösen Bodens in den letzten Jahren von 50 auf 1000 % der Kosten für 1 qm in weniger Jahren von 50 auf 1000 % der Artikel 155 der Reichsverfassung nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Ich sehe demnach für die öffentlichen Körperlichkeiten eine Fülle von großen Aufgaben, die, wenn sie im Ge- meinwirtschaftsgeist durchgeführt werden, ein großer Beitrag für den kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschheit sein werden. Wir Gewerkschaften müssen daran arbeiten, daß die privatwirtschaftlichen Interessen immer mehr und auf die Dauer ausgeglichen bleiben; sie sind mit jedem gefunden Fortschritt vereinbar! (Beifälliger Beifall.)

**Zur Frage der Vierjahreswahlen.**

Nikolaus Bernhard: Ich möchte kurz auf die Ver- hältnisse in der Bauwirtschaft eingehen. Für die Wirt- schaft betone ich ausdrücklich, daß die Arbeiter als Besitzer des wichtigsten volkswirtschaftlichen Gutes Arbeitskraft nicht in letzter Linie die Wirtschaft repräsentieren. Heute befaßt sich wieder auch neue, daß der ärmste Sohn der getreuelen Volksgenosse ist. Wie steht es nun in der Bauwirtschaft aus? Der Warenaufschlag, der im Bauwesen erkannt man, was ein Volk erbringt, ist gegenwärtig katastrophal zum Schaden der Arbeiterklasse. Wir haben einen vollkommenen Stillstand. Die Geld- und Kreditwirtschaften haben das Reich und die Gemeinden, die größten Auftraggeber für die Bauwirtschaft, am schwe- ren betroffen. Ich will hier in der kurzen Zeit über eine notwendige und leicht durchzuführende Vergesellschaftung oder Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens und der Baustoffherzeugung nichts sagen, sondern lediglich einiges über die Forderung nach der Vierjahreswahlen. Bei uns ist jetzt höchstens ein Drittel der Arbeiter in Beschäftigung, und diese geringe Beschäftigung nimmt Tag für Tag ab, mir nicht sicher, daß die Bauarbeiter in diesem Jahre kaum auf zwei Drittel ihrer Arbeit im Durchschnitt nicht kommen werden. In den Ländern Schweden, Dänemark und Baden haben wir bereits die Nachricht, daß alle jene Bauarbeiter nicht mehr in Angriff genommen werden sollen, die mit Hauszinssteuer- mitteln zu finanzieren sind. Vor wenigen Tagen haben wir Feststellungen über die in den letzten Wochen eingestellten Bauern gemacht, und da hat sich ergeben, daß 167 öffent- liche Bauten — darunter Schulbauten, Krankenhausbauten, Sträßchenbauten, Straßenbauten, Kraftwerksbauten usw., 60 Industriebauten und mehr als 100 Wohnbaugruppen und große Siedlungsbauten stillgelegt oder kaum begonnene Bauarbeiten abgebrochen wurden. Es ist ganz selbstver- ständlich, daß dadurch viele Tausende von Millionen an Eöhnen und Gehältern verlorengehen und die Bauarbeiter- schaft immer mehr ins Elend gestoßen wird. Die Ursache ist nicht nur auf die schlechte finanzielle Lage der öffent- lichen Hand, sondern auch auf die Politik der Reichs- regierung gegenüber den Gemeinden zurückzuführen. Ich habe hier ein Schreiben, das mir vor wenigen Tagen der Oberbürgermeister einer großen Stadt sandte, in dem er ein hartes Urteil über die Reichsregierung fällt. Es heißt darin: „Die Verletzung der maßgebenden Reichsbehörden gegenüber den Gemeinden bringt uns, jede, aber auch jede Bauaktivität einstellend. Wenn nicht ein grundlegender Wandel in der Auffassung gegenüber den Gemeinden ein- tritt, ist an einen Bauauftrag durch die Stadt auf mehrere Jahre nicht zu rechnen.“

Über selbst wenn das Kapital in normaler Weise auf den Bauparkt fließen würde, könnten, den gleichen Pro- duktionswert vorausgesetzt, nicht mehr so viel Arbeiter im Baugewerbe wie früher beschäftigt werden. Das liegt an dem noch vor 15 Jahren nicht für möglich gehaltenen tech- nischen Fortschritt. Der Verbrauch an motorischer Kraft hat gegenüber dem Jahre 1910 um mindestens 200 % zuge- nommen. Wir sehen das nicht nur bei der Altkorbarbeit, die wir an sich bekämpfen, wir sehen es auch bei der Zeit- lohnarbeit. Man hat festgestellt, daß die Arbeitsleistung des Bauarbeiters in den letzten 20 Jahren ungewisser gestiegen ist. Sie können das schon an dem Beispiel dieses Saales hier erkennen. Die 16 Säulen, die Sie in diesem Saale sehen, sind bei der heutigen Bauweise vollkommen überflüssig. Man hat die Größe der Statik bis ins kleinste unterfucht und fortgebildet, man kann heute von den tragenden Mauern aus, die nicht halb so stark sein brauchen, Arme herausbrechen, auf denen dann die ganze Galerie ruhen könnte. Zum solche Fortschritte auf technischem Gebiete werden beim Bau selbst mindestens 40 bis 45 % der Ar- beitskräfte erparnt, ganz abgesehen von den Freilegungen der Arbeitskräfte in der baustoffherzeugenden Industrie.

Es ist selbstverständlich, daß sich der Arbeiter auf dem Bau genau wie der Arbeiter in der Industrie dem Motor anpassen muß. Hieraus ergibt sich nicht nur die Forderung, nach Verkürzung der Arbeitszeit, nicht nur angelehnt der schlechten Arbeitsmarktlage, sondern für die Dauer. Beim Bauarbeiter kommt hinzu, daß er weite Wege zu dem ständig wechselnden Arbeitsplatz hat und Schwerkraft im wahren Sinne des Wortes leisten muß, bei jeder Witterung und bei vielen Unfallsfällen. Augenblicklich steht nachteilig die Sorge für die Arbeitslosen im Vordergrund. Hier darf unter keinen Umständen Selbstmord gestiftet werden. Das unsere Unternehmern gegen jede Arbeitszeit- verkürzung kämpfen, versteht sich von selbst. Das haben sie





# Unterhaltung und Wissen



## Ein merkwürdiges Nichtesfest.

Wir hatten Arbeitsglück. Darunter versteht man heutzutage als Bau- und Gelegenheitsarbeiter, für einige Wochen Arbeit zu bekommen. Diese Glückseligen waren außer mir noch ein anderer Kollege, ein Lehrling und ein Hilfsarbeiter. Wir bauten eine Messingwerkstatt. Es dauerte nicht lange und ein Messingwerkstatt. Es dauerte nicht lange und ein Messingwerkstatt. Es dauerte nicht lange und ein Messingwerkstatt.

Der Tag des Auftritts kam. Ein Zimmermann räumte mit einem Beil ein. Und als dann ein paar Holzbrocken vom Bau herumgekrachten, kam auch schon die Bauherrin zum Vorzeichen; sie schaute und schaute und fragte dann endlich nach dem Bausch. Ja, Donnerwetter, daran hatten wir ja gar nicht gedacht! Der Sauerbraten hätte uns auch ohne Bausch geschmeckt. Wir arbeiteten also ruhig weiter.

Über unsere Bauherrin gab nicht nach, sie plapperte immer wieder, ein Bausch müsse aufgesetzt werden, ihr kleiner Sohn würde daran eine unbändige Freude haben. Darauf gab ich zur Antwort, der Baum sei bereits unterwegs.

Man ließ es schaffen. Der Lehrling setzte sich aufs Rab, fuhr zum nächsten Wald, und es dauerte nicht lange, so brachte er eine junge Fichte angehängt. Papier war auch bald aus dem Papierladen besorgt, und nun wurde die „Krone“ in einem Winkel ausgeglichen.

Allmählich wurde es Abend. Der Zimmermann und sein Stiff legten die letzten Sparren. Und nun kam der Baum hoch und schmückte die aufgerichtete Werkstätte. Aus allen Fenstern wurden Köpfe herausgesteckt, und alles bewunderte das Kunstwerk. Inzwischen war aber der Uhrzeiger bereits auf 5 Uhr gerückt. Und nun kam die Bauherrin wieder zum Vorzeichen. Aus dem Küchenfenster duftete saftiger Sauerbraten. Wir schnitzten bereits wie ein Spieß auf einen ledernen Hirsch.

Junächtig aber kam es anders. Unsere Bauherrin verlangte mit Gewalt den „Spruch“, der gehörte zum Bausch. Ja, nun war guter Rat teuer. Der junge Zimmermann kannte keinen Spruch, und ich hatte keine Lust zu diesem Cerimon. Bedenkend erklärte ich, wir müßten, um den Spruch in richtiger Weise herbekommen zu können, auch einen Zylinder und einen schwarzen Frack haben. Unsere Bauherrin war der Meinung, daß dies nicht nötig sei. Ich aber beharrte



Sch ermunterte den jungen Zimmermann...

bel meiner Forderung. Schließlich meldete sich jemand aus dem 2. Stockwerk und erbot sich, an Stelle eines Zylinderhutes einen „Gock“ (steifen Hut) herleihen zu wollen. Unsere Bauherrin fragte, ob das ginge. Ich bejahte und schon war ich im Besitz des Gocks. Er sah auch dem Zimmermann.

Aber nun kam die Enttäuschung. Unsere Bauherrin brachte eine Dulle Kräuterlikör und einige funkelnde Kristallgläser. Was alles sah sehr appetitlich aus. Auch der Bauherr erschien plötzlich am Fenster, sauber gemacht, in sauberer weißer Bluse, mit frischgemalener Schürze vor dem blickten Messingbau. Auch die Nachbarn befehlen wieder sämtliche Fenster. Alles wartete mit Spannung dessen, was nunmehr kommen sollte. Alle wollten etwas hören. — Guter Rat war teuer. Alle Kollegen schauten auf mich, war ich doch der Urheber dieses Spiels. Ich ermunterte den jungen Zimmermann, nunmehr mit dem Spruch herauszurücken. Aber der wußte nichts von einem Spruch. Die Bauherrin jagte dem Lehrling, er möge den Schnaps und die Gläser nunmehr heraufbringen. Aber,

o weh, der Junge war verschwunden. Auch alle anderen Arbeiter hatten sich aus dem Staube gemacht, denn es war ja längst Feierabend. So stand ich nur noch mutterseelenallein am Arbeitsplatz. Traurigen Rates hat ich um Entschuldig und erkläre, wir hätten all dies für einen Spaß aufgesetzt. Den Schnaps und die Gläser reichste ich wieder zum Fenster hinein. Trotz aller Enttäuschung lud man mich zum Sauerbraten ein. Aber dazu hatte ich keine Zeit mehr, auch mir war der Appetit vergangen. So war unser schönes Nichtesfest geplagt, und zwar deshalb, weil der junge Zimmermann keinen Spruch herjagen konnte. Es ist schwer, heutzutage die „gute alte“ Zeit herbeizubauern.

Sojann Nübel, Bayreuth.

## Völkerbundstagung!

Und wieder tagt der Völkerbund in Genf, Wie das so üblich, Bezeichnung ist: Auf Genf reimt sich nur Senf - Das wirkt betrüblich!

Es war Freund Briand's Pan-Europa-Plan Kein Glück beschieden, Die Mächte stehn in ihrem Rüstungswahn Zu fern dem Frieden!

Doch spricht man von Abrüstung unentwegt Sehr laut und fleißig, Die Weltenkonferenz wird fetzgelegt Für einunddreißig!

Anträge gibt es dafür wohl zu Hauf, Doch in die Binsen Wirft sie die Konferenz, - und fliegt dann auf! Man könnte grinsen!

Die Völker bleiben weiterhin geplagt - Es ist bellarmant, Ich frag' mich stets aufs neue, wenn man „tagt“, Ob je es dämmert? Max Vollmann.

## Seht den Menschen nicht so kleinlich an!

Wir haben heute, gerade heute, so viel mit dem Kleinsten und Kleinsten des Alltagslebens zu tun, daß wir darüber oft das Große unseres eigenen Menschenwesens vergessen. Das Große des Menschen von morgen sei dem nicht gelagt. Nein, des Menschen von heute. Es steht auch in diesem Menschen von heute etwas ganz Großartiges, das leider unter dem Kleinheitsleben von heute zu erlöschen droht.

Wir sehen den Menschen zu sehr im Alltags. Wie er um Pfennige jorgt. Wie er auf kleinliche Vorteile bedacht ist. Wie er als armer Teufel scheinlich vor anderen steht, der etwas mehr hat. Ist das der Mensch? Warum seht ihr ihn denn immer nur so? Seht ihn doch auch einmal anders! Nur dann seht ihr ihn recht.

Seht ihn doch an, wie er in Gepackstein stehen kann unter der Größe eines Gedankens, den man ihm kündigt. Seht ihn doch an, wie er voll Ehrfurcht steht vor großem Werk. Seht ihn doch an, wie er in Begeisterung glauben kann an ein Neues. Wie er in entschuldigender Stunde (denkt an den Kapp-Zustand) in Zähigkeit und Kraft das erzwungene Große zu halten weiß! Seht ihn an, wie er in stolzer Demut aufblickt zum unendlichen Kosmos. Wie er in heißer Liebe dem kleinsten Kinde ins Auge sieht! Seht ihn so an! Seht ihn doch anders! Und ihr seht ihn, den Menschen, wie er ist!

Wenn ihr das Kleinliche seht am Menschen, dann seht ihr den Menschen nicht, sondern die Umwelt, die ihn verzerrt. Die Größe ist es, die den Menschen mißbildet. Das Leben draußen ist kleinlich, nicht der Mensch.

Das müssen wir wissen, wenn wir auf Menschen wirken wollen. Wenn wir werden wollen. Wer den Menschen nur als geringes, kleinliches Wesen erfährt, der erfährt ihn nicht in der Tiefe und damit nicht dauernd und nicht in seinem Kern.

Du kannst nicht groß genug von dem Menschen denken. Füge darum, wenn du auf den Menschen wirkend, bildend wirken willst, alles Kleine in das Große ein! Sei frei und stolz! Durchglühst von einem flammenden Glauben! Die trockenste Zahl bekommt Leben, wenn der glaubende Mensch sie zum werdenden Werke nutzt!

Der Mensch will erleben. Aufblicken will er zu einem Ideal. Das Bedürfnis nach Großen ist sein Wesen. Sich den Menschen darum in diesem Weltenskerne an! Und du läßt es, welche Aufgabe diese Weltenskerne am Menschen hat. Du wachst dann selber in diesem Glauben. Und an unerschöpflichen Energien wachst so die solidarische Kraft von uns allen, die wir zu solchem Werke als Kampfgenoßen verbunden sind!

Ich hab mein Sinn auf nichts gestellt Als auf ein Lindcar-Rad. Man kriegt kein bestres für sein Geld, Drum spar ich früh und spät.



## Die Unverbesserliche.

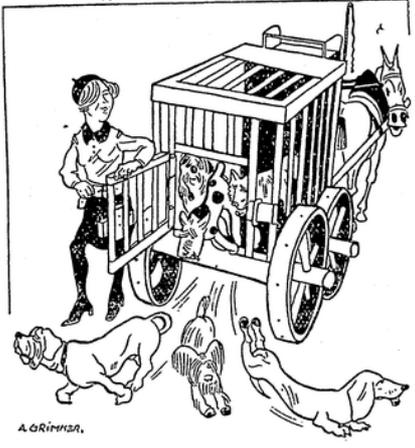
Von Hermann Kästl.

Emilie Rosenzweig war weiß über die Grenzen ihrer Vaterstadt hinaus bekannt. Schon von ihrer Kindheit an verstand sie es ausgezeichnet, die Aufmerksamkeit der Bewohner auf sich zu lenken und sie oft zu bestem Gelächter zu veranlassen oder gar, was nicht selten war, in große Aufregung zu versetzen. Emilie Rosenzweig war nämlich ein Gehirn von ganz besonderer Eigenart, ja geradezu ein Genie im Streichspielen und Summhellenamen. Weder Vorhaltungen noch Befragungen von ihren Angehörigen hatten Erfolg und konnten nicht das geringste an ihr bessern. Die Bewohner der Stadt schüttelten darüber die Köpfe und glaubten, Emilie Rosenzweig sei nicht ganz richtig im Kopfe, und nannten sie „die Unverbesserliche“. Je mehr die Bewohner aber die Köpfe schüttelten und über Emilie Rosenzweig stöhnendes Lächeln sprachen, desto stolzer und lustiger war sie, desto toller trieb sie es. Schon ihnen zum Trotz beging sie oft die unglücklichsten Streiche.

Eines Tages, sie war damals etwa 17 Jahre alt, nahm sie sich vor, heute ihrem Schmelbleben die Krone aufzusetzen, einen Streich zu verüben, der für alle Zeiten einzig dastehen sollte. Sie schlenderte also durch die Straßen der Stadt und spähte überall umher, eine Gelegenheit suchend, ihr Vorhaben auszuführen. Doch wie sie auch suchte, nirgends bot sich ihr eine solche. Vergerlich begab sie sich deshalb auf den Heimweg, ihr Vorhaben auf den nächsten Tag verschiebend.

Pötzlich sah sie vor sich eine große Menschenmasse, die sich um einen Wagen verammelt hatte. Emilie Rosenzweig eilte neugierig und tatenlos hinzu und mußte zu ihrem Entsetzen sehen, daß der Wagen ein kleiner, fahrender Kerker war, in dem sich zahlreiche heruntergelassene Hunde befanden, die jeden durch den stöhnenden Hundefänger eingefangen worden waren und nun herzzerreißend um ihre goldene Freiheit heulten. Traurig und hilfebedürftig saßen sie durch die Öffner ihres Kerkers. Aber die Menschen, die da standen, gafften nur und hatten kein Erbarmen. Nur in Emilie Rosenzweig ging etwas vor und ließ ihr keine Ruhe. „Warte“, dachte sie, „dem werd' ich das Handwerk legen!“ und sah wütend und giftig mit einem großen Netz bewaffneten Hundefänger an. „Das ist Freiheitsberaubung von wehrlosen Tieren!“ fuhr es ihr durch den Kopf. Zugleich entschloß sie sich, den armen Gefangenen die Freiheit zu verschaffen und sofort schrie sie, mit der Hand nach einer gewissen Richtung weisend: „Seht Hundefänger, sehen Sie, dort drüben läuft noch ein Hund!“ — Zufällig lief dort drüben ein heruntergelassener Hund. Im Nu war der Hundefänger an seiner Seite und versuchte das erschrockene Tier in sein Netz zu bringen. Aber es nahm schleunigst Reißaus und lief, was es laufen konnte. Der Hundefänger hinter ihm drein.

In diesem Augenblick sprang Emilie Rosenzweig auf den leeren Kufferboden des Hundekerkers und riefte davon. Die neugierige Menschenmasse war beiseite gesprungen.



A. GRIMM.

... und ließ alle Gefangenen frei.

stand sprachlos da und traute kaum ihren Augen. Der Hundefänger warf sein Netz auf die Erde, als er seinen Wagen verschwinden sah und schrie aus Leibesrassen: „Balt! Halt!“ Aber vergeblich. Emilie Rosenzweig riefte ruhig weiter, doch schließlich wie ein erfahrener Fuhrmann um eine Ecke und fuhr dann in einen großen Park. In einem Dickicht bremste sie und hielt den Wagen an. Hastig sprang sie vom Bode, öffnete den Hundekerber und ließ alle Gefangenen frei. Wie von der Tarantel gefressen, ohne jeden Dank an Emilie, ließen sie, den Schwanz eingezogen, davon und verschwand in nächsten Gebüsch des Parks. Auch Emilie Rosenzweig machte sich schnell aus dem Staube, sich jedoch kanibalisch über ihren jüngsten Streich freuend. Aber nicht genug. Der Streich sollte ihr auch noch Lorbeeren einbringen. Im Fluge war nämlich die Kunde über ihre Tat durch die ganze Stadt gelaufen und alle Bewohner freuten sich herzlich darüber und lobten Emilie Rosenzweig zum erstenmal. Von jetzt an war sie die Heldin der Stadt, von allen — bis auf die Hundefänger — geliebt und verehrt.

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** In Wuppertal (Baugewerkschaft Frankfurt/M.) wird gestreikt. Gesperrt sind: das Alsbachwerkzeug von August Erich, Bauhilfsdynamikfabrik bei Gesebach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Tarifbruch, der Umbau der Expeditionsfirma Köhler in Hbeho, wegen Nichtzahlung des Tariflohnes die Regierarbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Wranstättelberg (Baugewerkschaft Hbeho); die Firma Weisler in Hbeho bei Hohenmölsen (Baugewerkschaft Teiz); die Firma Georg Neumann in Neustadt a. d. S., die Firma Rodus Volkert in Markhammer, ferner die Firmen Jakob Schneider, Witwe Philipp Doll und Gebrüder Johannes Scher in Ebenobken (sämtlich Baugewerkschaft Neustadt a. d. S.).

**Holzer:** Gesperrt ist die Holzerfirma Ritter, Kiel, Hafenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

**Töpfer:** Gesperrt sind in Grimmitzsch die Firma Geizinger, in Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Teiz die Dfengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönke und Bohme. Die Dfengeschäfte der Dfensabrik Brüderhaus in Reumid (Baugewerkschaft Koblenz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohnes im Streik.

# Aus den Bezirksverbänden

**Bezirksverband Breslau.** (Haben nur christlich organisierte ein Recht auf Arbeit!) In Frankenstein werden durch das Deutsche Heim, in Verbindung mit der schlesischen Heimstätte von den Firmen Groß, Gubenfrei und Hiers, Frankenstein, mit Hauszinssteuer-mitteln und städtischen Geldern 6 Doppelfamilienhäuser gebaut, wobei man bemüht ist, nur christlich organisierte Arbeiter einzustellen. Aus diesem Grunde wandte sich unser Bezirksleiter an den Bürgermeister in Frankenstein. Der Bürgermeister erklärte, der Magistrat habe den Unternehmern mitgeteilt, daß er diese Art von Einstellungen nicht billige. Den Unternehmern sei zur Pflicht gemacht worden, die Arbeitskräfte durch das Arbeitsamt einzustellen. Wohlfahrtsverbände seien dabei zu bevorzugen. — Die Maurerarbeiten wurden am 22. August begonnen. Am 25. August waren bei jedem Unternehmer 10 und mehr Leute beschäftigt. Eines unserer Mitglieder, Wohlfahrts-empfänger mit 9 Kindern, ist aber noch nicht eingestellt worden. Auch andere wohlfahrtsverbände Bauarbeiter sind noch ohne Arbeit. — Eine ganz besondere Rolle spielt der Straßenwärter Weidmann. Er gab sich beim Arbeitsamt als christlicher Gewerkschaftssekretär aus, legte eine Karte mit dem Stempel des christlichen Ortskartells versehen, vor, auf der, namentlich 12 Bauarbeiter aufgeführt wären. Weidmann hat, erst diese Karte einzustellen. Der Gang der Einstellung ist nun folgender: Die Nebenstelle Frankenstein des Arbeitsamts (Arbeitsnachbörse) benützt amtliche Zuweisungskarten mit dem Vermerk Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Frankenstein. Mit dieser Karte muß sich der Erwerbslose bei Weidmann melden. Wenn der sich Meldende nicht Mitglied des christlichen Verbandes ist, so wird die Karte von Weidmann nicht mitgegeben und der Betreffende erhält keine Arbeit. Wir stellen fest, daß die Nebenstelle Frankenstein der Arbeitsnachbörse den § 59 ArbZG verletzt hat, indem es bei der Arbeitsvermittlung einer Vereinigung den Vorzug gegeben hat. Inwieweit die Handlungsweise Weidmanns in Verbindung und mit Wissen der Stadtbehörde oder der schlesischen Heimstätte geschieht, konnte nicht festgestellt werden. Zu vermuten ist aber, daß zwischen dem christlichen Gewerkschaftskartell und den beiden genannten Instanzen entsprechende Beziehungen bestanden haben. Von den Behörden erwarten wir, daß dieser Mißbrauch sofort abgestellt wird. Den christlichen Gewerkschaftsvertretern aber empfehlen wir, die gleiche Intensität wie hier bei ihrem Parteigenossen Steigerwald zu entfalten, um unsere Löhne allgemeinverbindlich erklärt zu werden. Wir fordern unsere Kollegen auf, sich gegen solche anmaßenden Gebahren energig zur Wehr zu setzen und wir bitten, Fälle wie in Frankenstein genau zu untersuchen und sie sofort den interessierten Behörden zu unterbreiten. Nach Aussagen von Mitgliedern aus Frankenstein soll sich auch der Bezirksleiter des christlichen Bauarbeiterverbandes dahingehend ausgesprochen haben, daß bei den Bauern nur christlich organisierte beschäftigt werden dürfen.

# Aus den Fachgruppen

- Dachdecker.**
- Die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages der Dachdecker. Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange entsprechend § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:
- I. Partein des Tarifvertrages
    - a) auf Arbeitgeberseite: Reichsverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks.
    - b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Bauergewerksbund als Rechtsnachfolger des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands; Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.
  - II. Tag des Inkrafttretens: 18. April 1931, Reichsmantel-tarifvertrag.
  - III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Arbeiter im Dachdeckerhandwerk. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auf Arbeitsverhältnisse in der Dachpappenindustrie nur insoweit, als selbständige Betriebsabteilungen vorhanden sind, die ausschließlich Dachdeckerarbeiten ausführen.
  - IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
  - V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf §§ 12 bis 14, ferner nicht auf die die Lohnhöhe regeln-

den Bestimmungen des § 4 des Tarifvertrages. Für die Allgemeinverbindlichkeit der Lohnsätze bedarf es jeweils eines besonderen Verfahrens.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 15. August 1931.

VII. Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrage.

# Stukkateure und Putzer.

**Stuttgart.** (Freie Annahme einer 9 1/2 % Erhöhung der Löhne.) Der Baugewerkschaft Stuttgart ging ein Schreiben der Stukkateure- und Putzer-Innung Stuttgart zu, des Inhalts, daß ihre Mitglieder den bei ihnen beschäftigten Putzern nicht mehr den vertraglich festgesetzten Lohn zahlen können und deshalb von sich aus einen Lohnabbau vornehmen müssen. Der Briefbogen ist „geschnitten“ mit den Farben Schwarz-weißrot. Unter dieser Farbe hat die Innung schon einmal einen Krieg verloren. Wahrscheinlich hat sie sich davon schon wieder erholt. — Die Putzer haben in diesem Frühjahr einen Lohnabbau von 10 % schließen müssen. Die Vereinbarung über das geltende Lohnabkommen läuft bis 31. März 1932. Unterzeichnet ist der Vertrag vom Deutschen Arbeitshandwerk für den Baugewerbe, Landesverband Württemberg und vom Landesverband der Putzer- und Stukkateuremeister Württemberg. Das heißt, das sich diese Stukkateure-Innung anmaßt, während der Vertragszeit den Lohn abzubauen, könnte auch der nächste beste Regel- oder Rauchklub für sich in Anspruch nehmen. Der Unterzeichner des Schreibens, Josef Weber, hat zur Zeit keine Aufträge auszuführen. So wird es auch bei den Stukkateuren sein, die ihn zu dem Schreiben animiert haben. Unsere Befürchtungen über die Durchführung des Lohnabbaues sind nicht allzu groß. Außerdem rücken die oben genannten Vertragskontakten von dem Schreiben des Innungsklubs weit ab, was ein Schreiben an unsere Geschäftsleitung bekräftigt. — Am 31. August nahmen wir in einer gut besuchten Versammlung zu dem Androhung Stellung. Sollte ein Unternehmer versuchen, den Lohn abzubauen, so wird ihm sofort auf die Finger geklopft werden. Wir werden ihnen beweisen, daß der Baugewerksbund sich nicht foppen läßt. Wenn die Stukkateure ihre Aufträge nicht kalkulieren können, dann sollen sie ihre falsche Rechnung nicht durch Lohnabbau in Ordnung bringen wollen. Ein Teil der Stukkateure hat die ganze Buchhaltung in der Westentasche. Dort sollte die sogenannte Innung einmal nachsehen! — Unsere Kollegen müssen auf der Hut sein und der Baugewerkschaftsleitung sofort Mitteilung machen, wenn Unternehmer versuchen sollten, in irgendeiner Form den Lohn zu kürzen oder die Arbeitszeit zu verlängern. Alle Mitglieder sind sofort der Organisationsleitung zu melden. — Zur energielosen Vorgehen wird die Bestrebungen der Innung niederschlagen!

# Töpfer und Fliesenleger.

**Dresden.** In der am 21. August abgehaltenen Versammlung gab die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen um einen Tarifvertrag. Trotz vieler Schwierigkeiten und langer Verhandlungen ist in allen Punkten keine Einigung erzielt worden. Die Unternehmer wünschen von den insgesamt 80 Tarifpositionen die Veränderung von 38 Positionen. Der Abzug hätte sich zwischen 30 und 60 % bewegt, wenn die Wünsche der Unternehmer in Erfüllung gegangen wären. Besonders hart würde um die Festlegung der Größennormen gekämpft. Bislang belagte der Tarif, als Normalmaß gilt Radelzeug 20/22. Die Unternehmer wünschten, daß als Normalmaß das Radelzeug 22/22 (Normenware) festgelegt wird. Einigung konnte nicht erzielt werden. Deshalb mußte der staatliche Schlichtungsausschuß angerufen werden. Nach längeren Verhandlungen ließen die Unternehmer sämtliche Positionen fallen, die sie geändert haben wollten mit Ausnahme des Lohnes, der Prozent sowie der Positionen, die sich auf Normenzeug und Schmelzware beziehen. Die Abänderungen sind bereits im „Grundstein“, Nr. 34, Seite 270, mitgeteilt worden. — Nach längerer und sachlicher Aussprache wurde dem Ergebnis zugestimmt.

**Königsbrunn.** Die Firma Iser & Co. Romanische-Gesellschaft ist der Meinung, wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse alles mögliche bieten zu können. Deshalb versuchte sie, bei den Fertigen Kürzungen vorzunehmen. Auch wurden bei den Garnierinnen allerhand Defektarbeiten vorgenommen. Es sollten noch den vorhergehenden Arbeitsaufwand, der bei den Defekten schon bezahlt war, fragen. Daß sich dies die Belegschaft nicht gefallen lassen konnte, ist selbstverständlich. Deshalb ist zunächst der Reichsverband befristet worden. Die Firma wartete aber das Urteil nicht ab, sondern kündigte die Tarifabmachungen. Die Belegschaft ist organisiert, sie wird dem Anfinnen der Firma zu begegnen wissen!

**Stettin und Provinz Pommern.** Der Tarifstreik im Ofenfelegewerbe von Groß-Stettin und der Provinz Pommern ist durch Verhandlungen vor dem Schlichter beendet worden. Die Verhandlungen haben zu nachfolgenden Vereinbarungen geführt. Mit Wirkung vom 1. September 1931 tritt für das Wirtschaftsbereich Groß-Stettin folgende Lohnvereinbarung in Kraft: Der Lohn beträgt für Ofenfeleger 1,45 M. Der Akkordmultiplikator beträgt 145. Für Gesellen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit beträgt der Lohn 10 % weniger. Die Höhe der Auslösung nach § 6 des Manteltarifvertrages wird auf 4,50 M festgelegt. Dies Lohnabkommen kann mit einmonatiger Kündigungsfrist zum Monatsanfang, erstmalig am 31. März 1932 gekündigt werden. Wird es zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt, so läuft es jeweils um ein Vierteljahr mit der gleichen Kündigungsfrist von einem Monat weiter. — Die Vereinbarung für die Provinz Pommern lautet: Mit Wirkung vom 1. September 1931 tritt für die Provinz Pommern folgende Lohnvereinbarung in Kraft: 1. Bezüglich der Lohnhöhe wird das Vertragsgebiet in die vier Lohngruppen A, B, C und D eingeteilt. Zur Lohngruppe A gehören die Lohngebiete: Anklam, Grieswalde, Kolberg, Köslin, Sagard-Sagahnitz bis einschließlich Halbinsel Rügen, Stargard, Stolp, Stralsund und Svinmünde. Zur Lohngruppe B gehören die Lohngebiete: Bristow, Jähnditz, Ebnitz, Palzow, Torgelow, Uckermark, ferner der Ostbaltische Rügen. Zur Lohngruppe C gehören die Lohngebiete: Barth, Belgard, Bülow,

Cammin, Demmin, Gartz a. d. O., Gollnow, Grefenbagen, Grimmen, Cassau-Medow, Lauenburg, Loitz, Naugard, Neustettin, Prütz, Richtenberg-Rügen (ausgeschlossen Sagard-Sagahnitz bis einschließlich Rügen), Rügenwalder-See, Stolpmünde, Treptow a. d. N., Wolgast und Willm. Die Lohngruppe D umfaßt das restliche Vertragsgebiet.

Der Lohn beträgt:	A	B	C	D
Für Ofenfeleger . . . . .	113	105	110	93 Pf.
Für unständige Hilfsarbeiter über 20 Jahre . . . . .	86	82	74	68 „
Für ständige Hilfsarbeiter:				
von 16 bis 17 Jahren . . . . .	45	42	44	37 „
von 17 bis 18 Jahren . . . . .	57	53	55	47 „
von 18 bis 20 Jahren . . . . .	62	58	61	51 „

Für unständige Hilfsarbeiter:

von 16 bis 17 Jahren . . . . .	41	38	40	33 „
von 17 bis 18 Jahren . . . . .	51	48	50	42 „
von 18 bis 20 Jahren . . . . .	59	52	55	46 „

Für Junggesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit beträgt der Lohn 10% weniger und für Junggesellen im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 5% weniger als der Lohn der Ofenfeleger. 2. Die Höhe der Auslösung nach § 6 des Manteltarifvertrages wird auf 4,50 M festgelegt. 3. Dies Lohnabkommen kann mit einmonatiger Kündigungsfrist zum Monatsanfang, erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden. Wird es zu dieser Zeit nicht gekündigt, so läuft es jeweils um ein Vierteljahr mit der gleichen Kündigungsfrist von einem Monat weiter.

# Aus den Baugewerkschaften

**Danzig.** (M a z h a b t.) Unsere Baugewerkschaft hat einen schweren Verlust zu beklagen. Am 21. August ist nach langem schwerem Leiden Max Sack aus dem Leben geschieden. Um unsern Max trauern nicht nur seine Familie, sondern auch die Baugewerkschaften, unsere Baugewerkschaft besonders. Max Sack wurde am 24. Oktober 1880 in Danzig geboren. In dürftigen Verhältnissen aufgewachsen, besuchte er die Volksschule und erlernte das Maurerhandwerk. Schon im Jahre 1904 trat er dem Zentralverband der Maurer bei und hatte schon dort wichtige Funktionen. Während des Krieges wurde er mit der Verwaltung des Zweigvereins des Bauarbeiterverbandes beauftragt. Seit



Kriegsende ist er als Kaffierer einer Baugewerkschaft. Er war ein Mann voll eiferer Willenskraft, voll unerschütterlichen Willens. Dabei war er ein lebensfroher und offener Mensch, voll von Mitleid für alle Leidenden, voll Hilfsbereitschaft für jeden. Groß sind seine Verdienste um unseren Bund, um dessen Sache er sich ein unvergänglich Denkmal erworben hat. — Wie im Bund, so war er auch jederzeit in der gesamten modernen Arbeiterbewegung tätig. Frühzeitig trat er der Sozialdemokratischen Partei bei, wurde bald ihr Vertrauensmann und später in die Danziger Stadtpartei gewählt. Dort vertrat er bis zu seinem Tode im Wausauschuß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die Baugewerkschaften schätzen ihn in den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Er war auch Beisitzer beim Versicherungsamt Danzig-Stadt. — Max Sack war kein Redner, auch trat er wenig in der Öffentlichkeit auf. Seine Arbeit war mehr eine stille Kleinarbeit. Sein Wirken war selbstlos, war der Sache der Arbeiterklasse, dem großen Gedanken des Volkswohles gewidmet. Er war ein aufrechter aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Wir werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren!

# Vom Bau

**Hamel.** (Schon wieder zwei Tote auf dem Schloßen-Neubau.) In der Weser errichtet der preussische Staat eine Schlepplochschleuse. Sie wird ausgeführt von der Firma Habermann & Gudeck-Liebold. Wiederholt mußten wir wegen mangelndem Bauarbeiterlohn und dem dort herrschenden Antireibselstem Schritte unternehmen. Schon im Vorjahre haben zwei Kollegen auf dieser Baustelle ihr Leben lassen müssen. Infolge des Überangebots an Arbeitskräften glauben die Intreiter der Arbeiter alles bieten zu können. Auf Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wird die allermeistige Rücksicht genommen. So stürzte am 20. August ein junger zwanzigjähriger Zimmerer in eine nicht genügend abgedeckte Grube und erlitt tödliche Verletzungen. Kaum hatte man diesen Verunglückten zu Grabe getragen, als zehn Tage später ein weiteres Todesopfer zu beklagen war. Diesmal war das Opfer unser Kollege Solstein. Er war in seiner acht Meter tiefen Grube beschäftigt und hatte ein etwa 1,50 Meter langes Rundholz auf einen beladenen Kessel gelegt, um es aus der Grube zu befördern. Als der Kessel herausgezogen werden sollte, fiel das Holz herab und traf unseren Kollegen so unglücklich, daß er auf der Stelle verschied. — Vier vernichtete Menschenleben warnen eindringlich die Behörden zur besseren und schärferen Überwachung besonders dieser Baustelle! Auch unseren Kollegen müssen diese Anfälle eine Warnung sein, besser als bisher für den Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit einzutreten!

# Allgemeine Rundschau

Kommunisten fordern Lohnabbau von 20%. Daß die Kommunisten mit einem Janusbruch herumlaufen, dürfte bekannt sein. In ihren Forderungen konnt sie nicht kleinlich. Für man sie, so mußte man glauben, die Gewerkschaften sind in der Lage den Mond herunterzuholen. Anders ist es jedoch, wenn sie selbst die Verantwortung tragen oder

**Wer ernten will, muß säen!**

Für die Woche vom 6. bis 12. September ist der 37. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

